

# Antrag zur Entscheidung durch den Rat der Stadt Helmstedt

## **„Geschäftsordnung des Rates der Stadt Helmstedt verbessern – 01. Mehr Bürgerbeteiligung durch Änderung der Bürgerfragestunde“**

Antragsteller: Roswitha Engelke, Ratsfrau DIE LINKE. im Rat der Stadt Helmstedt  
Helmstedt, 01.03.2015

### 1. Begründung:

In der Bundesrepublik Deutschland geht alle Macht vom Volke aus. Umgesetzt wird dies durch eine parlamentarische Demokratie, in der naturgemäß der Wille des Volkes nur sehr unvollkommen zum Ausdruck kommen kann. Es besteht für die Bürgerinnen und Bürger hauptsächlich nur die Möglichkeit sich bei den Wahlen für eine sehr allgemeine politische Richtung zu entscheiden.

Auf Einzelfälle kann das Volk nur eingeschränkt mittels Petitionen oder im kommunalen Bereich gemäß dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) über Bürgeranträge und -entscheide Einfluß nehmen. Das Grundgesetz und nachgeschaltet das NKomVG erlaubt weiterhin das schriftliche Vorbringen von Anregungen und Beschwerden, wobei die Form des Schriftlichen eine Hürde darstellt.

Das NKomVG sieht in kommunalen Parlamenten im Zusammenhang mit Sitzungen außerdem Bürgerfragestunden vor, deren Ausformung im Ermessen des jeweiligen Rates liegt. Es ist gemäß Recherche festzustellen, daß die Geschäftsordnungen der kommunalen Vertretungen prinzipiell zwei Möglichkeiten für die Regelung der Bürgerfragestunde vorsehen. Zum Einen wird die Formulierung „*Bürgerfragestunde*“ verwendet, in anderen Fällen werden bei vielen Kommunen Begriffe wie „*Bürgerfragestunde, Anregungen und Wünsche*“ oder ähnlich verwendet. Man vermeidet im letzteren Fall die schriftliche Hürde und ein Rat stellt sich als fortschrittlich demokratisch dar.

DIE LINKE. schlägt die Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch eine Änderung der Bürgerfragestunde vor.

### 2. Beschluss

- a.) Der Begriff „*Einwohnerfragestunde*“ in der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Helmstedt (GO) wird durch den Begriff „*Bürgerbeteiligung: Fragen, Anregungen und Wünsche*“ ersetzt.
- b.) Der Kontext von § 17 der GO wird so geändert, daß er „*Fragen, Anregungen, Einwände und Alternativen*“ enthält.

Roswitha Engelke, Ratsfrau DIE LINKE. im Rat der Stadt Helmstedt.